

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(3. - öffentliche - Sitzung am 17. Januar 2018)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch Frau Justizministerin Havilza über die Arbeitsschwerpunkte ihres Ressorts in der 18. Wahlperiode**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/110](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung. Er kam überein, zunächst der Diätenkommission Gelegenheit zu geben, sich mit dem Gesetzentwurf zu befassen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/37](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT:

Bildung am Anfang stärken

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/32](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung des Gesetzentwurfes durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD lehnte der Ausschuss den Antrag des Ausschussmitgliedes der FDP-Fraktion ab, die Mitberatung erst abzuschließen, wenn sich der - federführende - Kultusausschuss inhaltlich mit dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion auseinandergesetzt habe, etwa im Rahmen der Beratung über den jüngst eingebrachten Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 18/168](#)).

Der Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

4. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)

- b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Er nahm in Aussicht, anschließend eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

5. **Sichere Gerichte und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/34](#)

Der - federführende - Ausschuss bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zu dem Antrag Stellung zu nehmen.